Die Landrätin

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Mittwoch, dem 04.03.2026

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

3. Offene und Aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit im Kreis Gütersloh 2025 im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs - DS-Nr.: 6611 -

Die Verwaltung berichtete im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs zur Offenen und Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit im Kreis Gütersloh. (s. Anlage). Eine reine Betrachtung der Zahlen und Daten sei nicht ausreichend, wesentlicher Bestandteil des Prozesses sei der Dialog. Hierbei werde z.B. besprochen, welche Aktivitäten auf die Initiative von Kindern und Jugendlichen zurückzuführen seien oder ob Jugendliche häufiger das Jugendhaus besuchen würden. Erfreulicherweise sei festzustellen, dass die während der Coronazeit gesunkene Anzahl an nebenamtlichen Kräften wieder ansteige. Hauptamtliche Kräfte könnten sich somit wieder verstärkt der Beziehungsarbeit mit den Jugendlichen widmen. Auch die Ferienfreizeiten befänden sich wieder im Aufwind. Hier wirke sich auch die Anhebung der Zuschüsse durch den Jugendhilfeausschuss positiv aus.

Die Verwaltung führte weiter aus, dass die Studie „Mit welchen Angebotsformen erreichen wir welche Jugendlichen (nicht)?“ zwischen unterschiedlichen Bildungstypen differenziere. Für den Bildungstyp „Unmittelbarkeit der Erfahrung“ zähle das hier und jetzt. Dieser Bildungstyp profitiere von dem Angebot in der Jugendarbeit und in den Jugendhäusern.

Zur Inklusion sei positiv festzustellen, dass Kinder und Jugendliche mit und ohne Beeinträchtigungen in Jugendhäusern den Aktivitäten nachgehen könnten. Häufig sei gar nicht bekannt, dass jemand beeinträchtigt sei, sodass dieser ggf. erstmalig einfach nur als junger Mensch gesehen werde.

Eine aktuelle Herausforderung in den Jugendhäusern sei, dass es häufiger Konflikte zwischen den Zielgruppen gebe. Diese müssten von den Fachkräften moderiert werden, bevor ein gemeinschaftliches Engagement möglich sei. Hier spiegele sich die insgesamt schwieriger gewordene Debattenkultur wider. Eine weitere aktuelle Herausforderung sei, dass die Jugendhäuser vermehrt von kleineren Gruppen besucht würden, die sich in geschlossene Räume zurückziehen würden. Auch darauf würden die Fachkräfte reagieren.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion, wie die Kooperation der Jugendhäuser mit den Schulen aussehen würde, berichtete die Verwaltung, dass es eine große Spannbreite gebe. Es gebe z.B. eine 45-minütige Öffnungszeit am Mittag, AG-Angebote, Klassentrainings oder Selbstbehauptungskurse. Hilfreich dafür sei eine örtliche Nähe des Jugendhauses zur Schule.

Die SPD-Fraktion verwies darauf, dass die aufsuchende Jugendarbeit in den 6 Kommunen gut aufgenommen worden sei und erkundigte sich nach den Tendenzen in den anderen Kommunen. Die Verwaltung berichtete, dass die Möglichkeiten der aufsuchenden Jugendarbeit in allen 10 Kommunen in den

Ausschüssen vorgestellt worden seien. Die Entscheidung selbst liege dann bei jeder einzelnen Kommune.

Die GRÜNE-Fraktion stellte fest, dass der Bericht zeige, wie wichtig die Kinder- und Jugendarbeit insgesamt sei. Sie erkundigte sich bezogen auf die Alte Mühle in Greffen, ob es Entwicklungen bzgl. des Dachgeschosses gegeben habe. Außerdem fragte sie nach dem Sachstand der Stellenbesetzung in Schloß Holte-Stukenbrock. Die Verwaltung sagte zu, die Antworten nachzureichen. *(Anm. d. Verwaltung: In Harsewinkel sind Eigentümer und Träger bzgl. einer möglichen Erweiterung des Dachbodens noch im Gespräch. In den Jugendhäusern in Schloß Holte-Stukenbrock sind derzeit alle Stellen besetzt.)*

Auf die Nachfrage der GRÜNE-Fraktion, ob es auch eine digitale aufsuchende Jugendarbeit gebe, erläuterte die Verwaltung, dass es in den 6 Kommunen einen realen Bedarf gebe, d.h. die Zielgruppen würden im öffentlichen Raum erreicht. Unabhängig davon seien die Streetworker digital erreichbar, auch würden sie sich digital präsentieren.

Mitglied Drosselmeier hielt fest, dass ihn die prozentuale Aufteilung bei den Geschlechtern im Rahmen der aufsuchenden Jugendarbeit überrascht habe. Die Verwaltung erläuterte, dies liege u.a. daran, dass es 4 männliche und 2 weibliche Streetworker gebe. Auch sei der Zugang zu Mädchen grundsätzlich schwieriger.

Mitglied Boden stellte fest, es sei sehr erfreulich, dass die nach Corona getroffenen Maßnahmen gegriffen hätten. Viele der Jugendliche hätten während dieser Zeit Ängste entwickelt. Auch Statistiken würden Angstthemen und Depressionen bestätigen. Wichtig sei, dass Kinder und Jugendliche wieder real in Kontakt kämen. Insofern sei die Aufsuchende Arbeit sehr wichtig. Mitglied Potthoff bestätigte dies. Er berichtete, dass die junge Generation – auch wegen der Kriege – sehr bedrückt sei. Er erlebe, dass Jugendliche Nächte am Computer spielen würden und u.a. durch das Vermeiden realer Kontakte anfälliger würden für rechte Ideologien. Auch werde z.B. der Holocaust geleugnet. Statt offener und multikultureller zu werden, werde die Gesellschaft radikaler und anfälliger. Ausländerfeindlichkeit nehme zu. Es würden daher Räume für einen realen Austausch benötigt, damit Tiktok-Reals nicht als Realität angesehen würden. Mitglied Boden bestätigte dies auch unter dem Gesichtspunkt der Demokratieförderung.

Mitglied Boden erkundigte sich ergänzend, wie geplant sei, diese Punkte in den Kinder- und Jugendförderplan (KJFöP) aufzunehmen bzw. wie der Prozess insgesamt ablaufe.

Die Verwaltung erläuterte, dass die Bedarfe fortlaufend gesammelt würden. Diese würden mit Kommunen und Trägern kommuniziert. Anfang Februar habe es eine Zoom-Besprechung mit Bürgermeistern, zuständigen Verwaltungsmitarbeitenden und den örtlichen Ausschussvorsitzenden gegeben. Auch würden die festgestellten Bedarfe und angedachten Maßnahmen in den Ausschüssen der Kommunen vorgestellt. Eine weitere Rückkopplung mit den Kommunen erfolge im Mai.

Auf Nachfrage von Mitglied Kaupmann erläuterte die Verwaltung, dass freie Stellen überwiegend gut besetzt werden konnten. Es gebe eine hohe Konstanz bei den Fachkräften und eine gute Mischung zwischen Jung und Alt. Trotzdem bleibe der Fachkräftemangel auch Thema. Eine Förderung von Anerkennungspraktikanten und Trainees sei möglich, es verbleibe allerdings ein Eigenanteil.

Die CDU-Fraktion verwies auf den im Kreistag am 02.03.2026 gefassten Beschluss zur strategischen Haushalts-, Finanz- und Personalplanung. Diese Beschlussfassung könne nicht am Jugendhilfeausschuss (JHA) vorbeigehen, wobei die für den Bereich des Jugendamtes neu eingerichteten Stellen nicht in Frage gestellt würden. Die Ergebnisse des Wirksamkeitsdialoges seien schwer zu bewerten, dies sei in der freien Wirtschaft einfacher, dort müssten Aufwand und Ertrag in Relation stehen. Zu berücksichtigen sei, dass die Kommunen die Mittel für den Kinder- und Jugendarbeit aufbringen müssten. Auch in der Veranstaltung des Landesjugendamtes habe Herr Fink darauf hingewiesen, dass die finanziellen Mittel nicht für alle Maßnahmen reichen würden, über die der Jugendhilfeausschuss zu entscheiden habe. Der JHA könne daher nicht allen Erwartungen entsprechen. Es sei vermutlich ein guter Erfolg, wenn der Status Quo gehalten werden könne. Die CDU-Fraktion bat die Verwaltung, die Prozesse und Wünsche gut zu steuern. Sie wünsche sich, dass der JHA keine Entscheidung über die Ablehnung von Maßnahmen treffen müsse, sondern dass der JHA dem vorgelegten Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen könne.

Mitglied Boden stellte fest, dass die Problematik von allen gesehen werde und dass bezogen auf den Kinder- und Jugendförderplan der aktuelle Stand gehalten werden müsse. Anders sei dies bei den Hilfen zur Erziehung und bei den Kindeswohlgefährdungen, da es sich hier um Pflichtaufgaben handeln würde.

Die Verwaltung erläuterte, dass sie das für den Kinder- und Jugendförderplan gesetzlich vorgeschriebene Verfahren durchlaufe. Darauf basiere auch das breite Beteiligungsverfahren. Die Einschätzung der CDU-Fraktion decke sich mit dem, was die Verwaltung aus den Kommunen gehört habe. Auch in der Bürgermeisterkonferenz habe es einen eindringlichen Appell an die Verwaltung bzgl. der angespannten Finanzlage der Kommunen gegeben. Die Verwaltung betonte, dass sie fachlich gerne alle Wünsche erfüllen wolle, aber es werde ein Spagat. Insofern könne sie dem Jugendhilfeausschuss entsprechende Entscheidungen unter Umständen nicht ersparen.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen